

Minorität im Staate nicht dadurch zu besserem Patriotismus bewegen wird, daß man sie verdächtigt und zur Verleugnung ihrer Eigenart nötigt, sondern gerade durch verständnisvolles Entgegenkommen und durch Erleichterung der Befriedigung der gerade ihr eigentümlichen Bedürfnisse. Die Gründung des Deutschen Komitees Pro Palästina zeigt uns, daß in maßgebenden Kreisen der deutschen Politik, Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft ein wacher Sinn für diese Zusammenhänge vorhanden ist. Mit besonderer Genugtuung verzeichnen wir die Tatsache, daß die Regierung der deutschen Republik die Gründung des Komitees mit Wohlwollen und Interesse gefördert hat. Für den Zionismus, der auch hier in Deutschland viel mit böswilligen Anfeindungen zu kämpfen hat, ist es von größter Bedeutung, daß seiner Tätigkeit diese Ermunterung und öffentliche Anerkennung zuteil geworden ist. Das Deutsche Reich ist heute eine der Ratsmächte des Völkerbundes. Wenn die Regierung ihre Zustimmung zu dem Programm des Komitees gegeben hat und leitende Beamte des Auswärtigen Amtes als Funktionäre des Komitees in Erscheinung treten, dann haben wir die Gewißheit, daß in etwa sich ergebenden Fällen auch innerhalb des Völkerbundes Deutschland die Politik unterstützen wird, die von Großbritannien auf Grund der Balfour-Deklaration für Palästina festgelegt und von den wichtigsten anderen Mächten des Völkerbundes in dieser oder jener Form approbiert wurde."

### Wilhelm Liebknecht gegen ein Schächtverbot

Berlin. Der immer stärker einsetzenden Bestrebungen der Schächtgegner wegen hat der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens soeben ein Flugblatt herausgegeben, das die Rede Wilhelm Liebknechts wiedergibt, die dieser am 25. April 1899 bei der ersten Lesung des Antrages der Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Genossen auf reichsgesetzliche Anordnung der Betäubung für sämtliche Schlachttiere hielt. Diese Rede des hervorragenden sozialdemokratischen Führers faßt alle Argumente, die gegen die Schächtgegner anzuführen sind, zusammen. Liebknecht führte u. a. folgendes aus:

"Von seiten der Antragsteller ist behauptet worden, daß sie durchaus nicht von antisemitischen Beweggründen ausgegangen sind. Sie stellen sich auf den Standpunkt der Liebe zu dem Tier — der Anfrag wolle der Tierquälerei entgegenzutreten. Da wundert es mich aber sehr, daß diese Partei, welche ein so sehr warmes Herz für die Tiere hat, dieses warme Herz nicht auch etwas mehr für Menschen betätigt. (Sehr richtig! links.) Diese Partei hat den Vorschlägen zugejubelt, welche für die Einführung der Prügelstrafe erfolgt sind. Von dieser Partei sind die Judenhetzen ausgegangen, welche wahrhaftig Menschenquälerei der schmachvollsten Art gewesen sind..."

"Die Tierquälerei ist etwas Abscheuliches, sie wird von jedem Menschen, der menschlich fühlt, und halbwegs gebildet ist, verurteilt werden. Aber wird denn nicht um uns herum die abscheulichste Tierquälerei offenkundig getrieben, ohne daß eine antisemitische Stimme sich dagegen erhoben hat? Ich denke z. B. an die Saujagden und sonstigen Hofjagden im Grunewald. Diese Saujagden, bei denen man ein Tier methodisch zu Tode hetzt, nachdem, um jede Gefahr für die tapferen Jäger zu beseitigen, ihm die Hautzähne abgesägt worden sind (Sehr richtig! links), das ist eine schmachvolle Tierquälerei..."

"Also Tierquälerei soll das Schächten sein, wird uns gesagt. Nun, wir haben hier zum Beweise des Gegenteils die Autorität der größten und berufensten Männer der Wissenschaft in Deutschland: Dubois-Reymond, Virchow und wie sie noch heißen mögen..."

"Die Gutachten, die für die jüdische Schlachtart eintreten, und zum Teil sie sogar als die rationellste empfehlen, wiegen schwerer, weit weit schwerer, als diejenigen, die sich dagegen erklären..."

"Daß Sie diesen Antrag eingebracht haben nicht bloß aus Liebe zu den Tieren, nicht bloß um das Quälen von Tieren zu verhindern, sondern weit mehr um die Juden, unsere Mitmenschen, zu quälen, das unterliegt für mich und wohl für kein anderes Mitglied des Hauses nicht dem allerleisesten Zweifel."

## Aus der Berliner jüdischen Gemeinde

Berlin. (JTA.) Am 16. Dezember, abends, verabschiedete die Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde den Wohlfahrtsetat. Den Vorsitz führte Herr M. A. Loeb, der mitteilte, daß der erste Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Heinrich Stern, wegen Krankheit verhindert sei, die Sitzung zu leiten. Er verlas ein Schreiben des Herrn Justizrat Sonnenfeld, der erklärte, daß er sein Repräsentantenmandat niederlegt.

Hierauf ging die Versammlung in die Etatberatung ein. Die Einnahmen des Wohlfahrtsetats sind mit 1 990 600 Mark beziffert. Dem stehen Ausgaben von 2 572 125 Mark gegenüber; dazu kommt ein Nachtragsetat von 30 000 Mark. Herr Ministerialrat Dr. Goslar, begründete die Vorlage.

Zu Punkt 4 des Etats ergreift Rechtsanwalt Dr. Klee das Wort und erklärt, daß die Berliner Gemeinde ihre Verpflichtung gegenüber Palästina nicht erfüllt. Er erinnert an die Kundgebungen bei der Gründung des Komitees Pro Palästina, wobei er insbesondere auf die Rede des Ministers Becker verweist, der ausgeführt hat, er als Deutscher könne in der Tatsache der Anhänglichkeit an die große jüdische Vergangenheit und an das Streben für eine

tät eines meiner Beamten aufnimmt, und bedauert, daß dieser sich nicht selbst in dieser Angelegenheit als befangen erklärt habe' so muß ich meinem lebhaften Befremden über ein solches Vorgehen Ausdruck geben. Der Auffassung der Liberalen Fraktion liegt anscheinend eine grundsätzliche Verkennung der Stellung des Beamten, insbesondere des Verwaltungsbeamten zugrunde. Von allen Beamten muß erwartet werden, daß sie getreu ihrem Diensteide in jedem Falle die Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen und ohne Rücksicht darauf treffen, wie sie etwa gesinnungsmäßig einer zu entscheidenden Frage gegenüber eingestellt sind. In diesem Rahmen sind sie bei allen in ihr Arbeitsgebiet fallenden Entscheidungen zur Mitwirkung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, sofern nicht im Einzelfalle die Person des Beamten selbst von der Entscheidung betroffen wird. In allen anderen Fällen kommt die Erklärung eines Beamten, er sehe sich auf Grund einer gesinnungsmäßigen Einstellung zu der zu entscheidenden Frage als befangen an, gar nicht in Betracht. Eine andere Beurteilung würde mit Notwendigkeit zu einer völligen Lahmlegung jeder Verwaltungstätigkeit führen.

Im übrigen hat letzten Endes für die Bearbeitung der Chef der Behörde, im vorliegenden Falle also ich, selbst die Verantwortung, die ausdrücklich auch durch meine oder meines Vertreters Unterschrift unter den hinausgehenden Bescheid bekräftigt wird. Die Anzweiflung der Objektivität meines Sachbearbeiters in dem Schreiben des Herrn Justizrat Sonnenfeld richtet sich also unmittelbar gegen mich selbst. Ich bitte die Einsender von meiner Stellungnahme in Kenntnis zu setzen und darauf hinzuwirken zu wollen, daß in Zukunft solche grundlose Verdächtigungen unterbleiben."

Dr. Klee seine Rede fortsetzend, anerkannte, daß die Liberalen, wenn sie informiert gewesen wären, sich keineswegs hinter Sonnenfeld gestellt hätten, und appelliert an die Liberalen, ihren oft bekundeten Friedenswillen durch eine Tat zu beweisen. Eine solche Tat wäre die Zurückziehung des Wahlprotokolls. Die Volkspartei wird sich nach dem Vorgefallenen auf keinerlei Kompromiß mehr einlassen.

Seitens der Liberalen ergreift Prof. Türk das Wort. Was die Versammlung im Kaiserhof betrifft, so würde jeder liberale Jude die Ausführungen des Ministers Becker, der für die Palästina-Arbeit als eine Verwirklichung einer Humanitätsidee ist, unterschreiben. In dem Augenblick, wo auf seiten der Zionisten das nationale Moment verschwindet, werden sie uns an ihrer Seite finden. Man darf nur nicht vergessen, daß gegenwärtig unter den deutschen Juden selbst ein Notstand ist.

Zur Affäre Sonnenfeld übergehend, anerkannte der Redner, daß Dr. Klee in ruhiger und versöhnlicher Form gesprochen hat. Sonnenfeld hat die Konsequenzen gezogen und in dankenswerter Weise der Fraktion sein Mandat zur Verfügung gestellt. Es zeigte sich, daß die Liberale Fraktion nicht über alle Schritte Sonnenfelds unterrichtet war; sie hätte sonst den Brief an den Minister sicher nicht geschrieben. Auf mich, sagte der Redner, wirkte der Brief des Ministers wie ein Dachziegel auf den Kopf. Aber auch der Minister ist ein Mensch und nicht unfehlbar. Die Liberale Fraktion hat mit einer Mehrheit beschlossen, die Proteste nicht zurückzuziehen. Vor Wahlen haben wir keine Angst. Es gibt aber andere Gründe, für eine Vermeidung der Wahlen: der Wunsch, daß endlich Ruhe in die Gemeinde einkehrt.

Dr. Sandler stellte fest, daß Minister Becker im Kaiserhof nicht nur im Sinne des Humanitätsideals, sondern eines jüdischen Volkstums gesprochen habe.

Zum Schluß verlas Prof. Türk das Antwortschreiben der Liberalen Fraktion an Minister Greczinski, in welchem gesagt ist: „Den am Schlusse des Schreibens gegen uns erhobenen Vorwurf der grundlosen Verdächtigung sehen wir uns genötigt zurückzuweisen. Die Fraktion hat keine Verdächtigung ausgesprochen, insbesondere nicht die allgemeine Objektivität eines Ihnen unterstellten Beamten angezweifelt. Die Fraktion war und ist lediglich der Auffassung, daß in einem bestimmten Einzelfalle die Mitwirkung eines bestimmten Beamten nicht angebracht sei, weil in jüdisch-liberalen Kreisen die Besorgnis besteht, daß der betreffende Herr befangen sei.“

Zum Schluß wurde der Wohlfahrtsetat in allen drei Lesungen einstimmig

**W. Kretschmar** Inhaber: Rob. Hahne  
**praktischer Hemdenschneider**  
 Tadellos sitzende Oberhemden  
 und jegliche Herrenwäsche nach  
 eigenem Idealsystem. Krawatten-  
 Neuheiten  
 Jetzt 75 Jahre am Markt in Leipzig

jüdische Zukunft keinen Widerspruch zur Staatsgesinnung gegenüber Deutschland erblicken. Wenn den Liberalen der Friede in der Gemeinde wirklich am Herzen liegt, so müßten auch sie für diese Sache, die einem großen Teil der Berliner Juden Herzenssache ist, aktiv eintreten. Leider geht aus der Bankettrede des Ministers Becker hervor, daß man versucht hat, ihn von der Beteiligung am Pro Palästina-Komitee abzuhalten. In dieses Kapitel der Hintertreppolitik bei Ministern gehört auch der Fall Sonnenfeld.

Unter Hörtl-Hörtl-Rufen von links, verlas der Redner — wie er bemerkte, um möglichen anderweitigen Indiskretionen vorzubeugen — eine Reihe Briefe, und zwar den schon bekannten Brief Justizrats Sonnenfeld an den Preußischen Innenminister, in welchem dieser gebeten wird, die Mitwirkung eines zionistischen Herrn (Dr. Badt) bei der Erleichterung der Wahlprotokolle auszusprechen. Ferner einen Brief des Justizrats Sonnenfeld an den Preußischen Kultusminister, z. H. des Geheimrats Paul, in welchem dieser, der sich selbst als Antisemiten bezeichnet, in devotester Weise direkt apostrophiert wird und in welchem der Inhalt des Gespräches mit dem Innenminister ganz falsch und irreführend wiedergegeben ist. Die jüdische Ehre, sagte der Redner, werde dadurch schwer geschädigt, wenn einem antisemitischen Beamten in einer jüdischen Sache Vertrauen entgegengebracht, aber einem jüdischen Beamten das Vertrauen versagt wird. Die liberale Fraktion hat, wie man zugeben muß, in Unkenntnis des richtigen Sachverhalts, an den Preußischen Minister des Innern geschrieben, daß sie das Verhalten Sonnenfelds billigt.

Zum Schluß verlas Dr. Klee das Schreiben des Ministers Greczinski an den Vorstand der Gemeinde und an den Vorsitzenden der Repräsentantenversammlung, in welchem gesagt wird:

„Bereits in der Unterredung, die der Herr Justizrat Sonnenfeld in Verfolg seines in Abschrift beigegebenen Schreibens vom 21. Okt. d. J. mit mir am 25. Oktober hatte, habe ich ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ich die völlig unbegründete Anzweiflung der Objektivität eines mir unterstellten Beamten aufs schärfste ablehne.“

Herr Justizrat Sonnenfeld hat in einem an den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten, mir von diesem mitgeteilten Schreiben, dessen Abschrift ich beifüge, über den Inhalt dieser Unterredung unzutreffende Angaben gemacht; ich habe mich deshalb zu meinem Bedauern genötigt gesehen, seine Angaben dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegenüber richtigzustellen.

Wenn jetzt die Liberale Fraktion der Repräsentantenversammlung die Anzweiflung der Objektivität

Schirme  
und Stöcke

**JULIUS STROBEL**

Schirmfabrik  
Petersstraße 19